

Datum: 10.11.16
Telefon: 0 233-30788
Telefax: 0 233-67968

Anlage 7
Personal- und
Organisationsreferat
Organisation
POR-P 3.23

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Wohnen für Alle - Vorstellung eines Rahmenkonzepts des Sozialreferats und der ersten drei Standorte“
(Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V.06163)

Vollversammlung am 15.11.2016

An das Sozialreferat

Die im Betreff genannte Beschlussvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat nicht fristgerecht mit E-Mail vom 31.10.2016 zur Stellungnahme bis 04.11.2016 zugeleitet.

Wir bitten zukünftig auf die fristgerechte Zuleitung zu achten.

Das Personal- und Organisationsreferat hat am 08.11.2016 per Mail die inhaltliche Zustimmung erteilt. Aufgrund eines internen Versehens möchten wir unsere Stellungnahme wie folgt ergänzen.

In der Vorlage werden vom Sozialreferat folgende Kapazitätsmehrbedarfe geltend gemacht:

Stellenschaffungen (vgl. Antragsziffer 6)

1 VZÄ für eine/n Projektmitarbeiter/in der Fachrichtung Verwaltungsdienst (3. QE) befristet für 3 Jahre ab Stellenbesetzung.

1,5 VZÄ für Hausverwalter/innen der Fachrichtung Verwaltungsdienst (3. QE) befristet für 3 Jahre ab Stellenbesetzung.

0,2 VZÄ für eine Teamleitung der Fachrichtung Verwaltungsdienst (3. QE) befristet für 3 Jahre ab Stellenbesetzung.

Darüber hinaus soll der geltend gemachte, ebenfalls auf 3 Jahre befristete Bedarf an Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte im Umfang von 3 VZÄ aus dem vorhandenen Bestand des Fachbereichs „Wohnen und Betreuen von unbegleiteten minderjährigen und heranwachsenden Flüchtlingen“ gedeckt werden („Umwidmung“ von vorhandenen Stellenkapazitäten, vgl. Antragsziffer 5).

Zu den in der Beschlussvorlage dargestellten Kapazitätsmehrbedarfen wird wie folgt Stellung genommen:

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt **vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung** der künftig geltend gemachten Stellenkapazitäten der Beschlussvorlage zu.

Die zusätzlichen Stellenbedarfe erscheinen zwar dem Grunde nach nachvollziehbar, sind aber noch exakt zu bemessen. Die zusätzlichen Stellenkapazitäten sind deshalb – wie in der Beschlussvorlage auch bereits vorgesehen – zunächst **auf drei Jahre ab Stellenbesetzung zu befristen** und der tatsächliche Bedarf ist in diesem Zeitraum zu evaluieren.

Ferner bitten wir den Vortrag wie folgt zu ergänzen:

Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewonnene Personal betreut werden muss. Betroffen sind regelmäßig die Abteilung 1 Recht, die Abteilung 2 Personalbetreuung, die Abteilung 3 Organisation, die Abteilung 4 Personalleistungen sowie die Abteilung 5 Personalentwicklung, Bereich Personalgewinnung. Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit gesondert im zuständigen VPA geltend machen.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Dr. Dietrich